

## Fraktionserklärung vom 29. Februar 2012

### **FDP mahnt zur Eigenverantwortung und verlangt volle Kostendeckung für das „Hotel Suff“**

Die FDP unterstützt das Projekt ZAS+ mit der Begründung, dass nur auf diese Weise die entstehenden Kosten den Verursachern überwältigt werden können und die Spitäler und Polizei entlastet werden, damit sie ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen können statt sich um Betrunkene kümmern zu müssen.

Das Projekt ZAS+ ist nämlich nichts anderes als das Ergebnis sozialistischer Politik, mitgetragen von CVP und Pseudo-Liberalen im grünen Mäntelchen, die ihre Haltung sofort relativieren, wenn sie merken, dass sie dem modischen Mainstream oder dem Zeitgeist widersprechen. Der gute Wille der genannten Etatisten ist zwar erkennbar. Tatsache aber ist, dass es heute mehr Prävention, mehr Verbote, mehr Staat und mehr Regeln gibt als noch vor einigen Jahren. Projekte wie ZAS+ sind deshalb nötig, weil die Bürger von diesen Politikern für ihr Verhalten nicht mehr als verantwortlich betrachtet und deshalb solchen präventiven Zwangsmassnahmen ausgesetzt werden. Ein Ende solcher Entwicklungen ist nicht Sicht, weil die genannten Politiker weiter an dieser Spirale drehen und unkritisch an die Allmacht des Staates glauben. Der Bürger selber richtet sein Verhalten darauf aus, weil er rasch gelernt hat, dass ja doch immer Mütterchen Staat zu Hilfe eilt, wenn er verantwortungslos gehandelt hat.

Das Projekt ZAS+ ist das eine, die Frage der Kostenregelung das andere. Aus freisinnig-liberaler Sicht haben die Menschen die moralische Pflicht, für sich (und für ihre Nächsten) zu sorgen. Ihr Leben ist ihnen in die Hand gegeben, als Auftrag und als Verpflichtung. Sie selbst und sie allein tragen dafür die Verantwortung, nicht die anderen und nicht die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Wer sich diesem Grundgedanken durch selbstverschuldetes Handeln widersetzt, indem er sich bis zur Masslosigkeit betrinkt und daraufhin staatliche Fürsorge benötigt, muss zur Verantwortung gezogen werden. Die FDP fordert deshalb in einem Postulat, dass die Sicherheitskosten vollumfänglich den Verursachern überwältigt werden und erwartet, dass all jene Parteien das Postulat unterstützen, welche sich in ihren Parteiprogrammen gerne liberal nennen und angeblich für mehr Eigenverantwortung einstehen. In der heutigen Debatte müssen sie den Tatbeweis erbringen.

Unabhängig vom Ausgang der Debatte ist das Fazit rund um das Projekt ZAS+ so klar wie einfach: Das Städtzürcher Parlament braucht mehr denn je liberale, freisinnige Politik, welche konsequent und kompromisslos die individuelle Mündigkeit sowie die Eigenverantwortung der Bürger fordert und die sich mit Kopf und Herz für eine freiheitliche Ordnung einsetzt.

Tamara Lauber, Mitglied SK GUD, 079 688 33 23  
Marc Bourgeois, Mitglied SK PD/V, 079 219 95 38  
Roger Tognella, Fraktionspräsident, 079 357 64 39  
Michael Baumer, Parteipräsident, 079 447 43 93